

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50 pro Woche 20 Pf., Polzeitsungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptiongebühren beträgt für die christliche Zeitungs- oder deren Name 20 Pfennige, für Kirchen- und Besondere Anzeigen 10 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 129.

Montag, den 6. Juni 1894.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Die Parteien und das Wahlrecht.

I.

In welchem Maße das bestehende Reichstagswahlrecht durch reactionäre Umtriebe gefährdet ist, haben wir unseren Lesern an der Hand der Thatfachen in letzter Zeit öfter dargestellt. Anknüpfend an diese Darlegungen wollen wir heute über die Stellung der einzelnen Parteien zu der so überaus wichtigen Frage des Reichstagswahlrechts das Nähere mittheilen. Wir halten uns dabei hauptsächlich an die Programme der Parteien.

Die conservativen Programme enthalten keine Erklärungen zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts. In dem sogenannten alten deutsch-conservativen Programm vom Jahre 1876 heißt es: „Wir wollen eine wirksame Theilnahme der Nation an der Gesetzgebung.“ Welcher Art diese Theilnahme sein soll, ist nicht gesagt, wird aber ersichtlich durch folgenden Nachsatz: „Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.“

Das neue Programm der deutsch-conservativen Partei (das sog. Livoliprogramm) vom 8. December 1892 wiederholt letztere Erklärung wörtlich. Der Phrase „wirksame Theilnahme der Nation an der Gesetzgebung“, fügt es hinzu die Versicherung der Bekämpfung „jedem Versuches, die Monarchie zu Gunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken“.

Die andere conservative Richtung, die „deutsche Reichspartei“, hat niemals ein eigentliches Parteiprogramm veröffentlicht, wohl aber ihre Grundsätze in einem Wahlaufsatz vom 8. Mai 1893 präcisirt. Darin ist vom Wahlrecht mit keiner Silbe die Rede.

Auch die Satzungen des im Februar 1893 gegründeten Bundes der Landwirthe, der längst zu einer politischen Partei sich ausgestaltet hat, thun des Wahlrechts keine Erwähnung.

Dem Conservatismus entworfen ist bekanntlich auch die „Christlich-socialen Partei“. Das ursprüngliche Programm derselben enthält nichts über das Wahlrecht. Auch das neue Programm vom 8. December 1895 nimmt darauf mit keinem Worte Bezug.

Die aus dieser Partei hervorgegangene national-socialen Partei erklärt in ihren „Grundlinien“ vom 23. November 1896: „Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Communalvertretungen.“ Da die „National-Socialen“ mit ihren Grundideen tief in den conservativen Anschauungen und Forderungen wurzeln, und man deshalb ein entschiedenes Eintreten für wahrhaft freiheitliche Entwicklung von ihnen nicht erwarten kann, so ist auf ihre Declaration zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts kaum zu großer Werth zu legen. Der Umstand, daß sie in erster Linie auf Unterjückung durch Arbeiter speculiren, erklärt diese Declaration zur Genüge.

Das „entartete“ der „entarteten“ Kinder des Conservatismus, der Antisemitismus, bekanntlich in verschiedene sich heftig bestehende Richtungen gespalten, ließ es in seinem ersten Programm, dem der sogenannten „Deutschen

Reform-Partei“ vom 19. September 1881, bei der lächerlichen Erklärung bewenden: „Wir verlangen, daß nur christlich-deutsche Männer in die Gesetzgebung gewählt“, d. h. daß die Juden vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Vom Wahlrecht an sich ist nicht die Rede.

Dann trat die „Deutsch-socialen antisemitische Volkspartei“ (Richtung Liebermann von Sonnenberg) 1889 in ihrem Programm mit der Forderung auf: „Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung. Zusammensetzung der Volksvertretungen aus Abgeordneten sämtlicher Berufsstände und Erwerbsberufsgenossenschaften.“ Dem ist die Erklärung hinzugefügt: „So lange dies nicht durchgeführt ist, erachten wir das allgemeine, directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für das verhältnißmäßig Beste.“ Man merke wohl: das allgemeine, directe, nicht auch das gleiche Wahlrecht!

Wir haben f. Z., als wir diese antisemitische Forderung kritisirten, dargelegt, daß der Gedanke, das Wahlrecht nach Berufen zu regeln, ein erreactionärer ist. Er entspricht durchaus der altgebrachten conservativen Idee der ständischen Gliederung und kehrt in unserer Zeit als Waffe gegen den modernen Parlamentarismus wieder. Daß der Antisemitismus sich als berufener Vorkämpfer dieses Gedankens gerirt, läßt erkennen, wie tief die „Partei der Zukunft“ noch in Schutt und Moder der Vergangenheit steckt. Man tadelt, daß heute das Volk nur nach seiner Kopfzahl, aber nicht in seiner ökonomischen Gliederung im Parlament vertreten sei; man behauptet, es sei nöthig, auf Grundlage der Berufe ein neues Wahlsystem zu errichten, welches nicht die natürliche Theilung der Gesellschaft in verschiedene Interessengruppen ignorire. Darüber ließ sich reden, wenn sich darum handelte, Wirthschaftsparlamente für eine nationale Organisation der Arbeit zu schaffen, z. B. Arbeitsämter und Arbeitskammern, wie die Socialdemokratie sie fordert. Aber für ein politisches Parlament, welches der Vertretung aller Volksinteressen dienen soll, taugt solches Wahlsystem nicht. Sobald wir die Kreise, aus denen diese Forderung ertönt, uns ansehen, wissen wir sogleich, daß ein Wahlsystem auf Grundlage der Berufsgemeinschaften keinen anderen Zweck haben kann und wird, als den: die revolutionären Einflüsse der vorwärts drängenden, nach Freiheit, Gleichberechtigung und wirthschaftlicher Wohlfahrt ringenden Volksmassen zu brechen und aufzuhalten. Sagen im Parlamente nicht mehr die Abgeordneten politischer Parteien, sondern die Vertreter der großgrundbesitzenden Junker, der Geistlichkeit, Juristen, Aerzte, Handwerker u., dann findet die Volksvertretung noch mehr, als sie jetzt schon gesunken ist, zur Sonderinteressen-Schacherei herab, die Fuchsimpelei macht sich geltend und die Krähwinkelpolitik hat den richtigen Boden gefunden. Aber ein corporatives Wahlsystem ist auch nur möglich bei fest abgegrenzten Berufen, und die Zeiten dafür sind doch längst vorüber. Heute hat jeder dritte Mensch, dem wir auf der Straße begegnen, seinen Beruf schon ein oder mehrere Male gewechselt, und diese sociale Erscheinung wird durch Arbeitslosigkeit, durch die wirthschaftlichen Krisen, welche immer neue ungezählte Tausende zur Emigration neuer Berufe zwingt, von Jahr zu Jahr stärker. Wie sollte man Angesichts dessen mit einem Berufs-Wahlsystem zurecht kommen?

Die „Antisemitische Volkspartei“ fordert in ihrem Programm vom October 1895 ebenfalls, daß nur „christlich-deutsche Männer“ („nicht-jüdischer Abkunft“) in die

gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden dürfen und im Uebrigen: Erhaltung des allgemeinen, geheimen, directen Wahlrechtes, welches auch auf die parlamentarischen Körperschaften der Bundesstaaten auszudehnen ist.“

Im October 1895 gab die „Deutsch-socialen Reformpartei“, entstanden aus der Vereinigung mehrerer antisemitischer Richtungen, sich ein Programm, in welchem ebenfalls die Erhaltung des Reichstagswahlrechtes und die Erweiterung des Wahlrechtes zur Wahlpflicht gefordert wird. Juden sollen selbstverständlich davon ausgeschlossen sein.

Soweit der Antisemitismus für das Reichstagswahlrecht eintritt, sind ihm nicht Grundsätze, sondern lediglich Zweckmäßigkeitserwägungen maßgebend. Ohne dieses Recht würde er existenzunfähig sein. Zudem sind ja, wie die Erfahrung lehrt, die Antisemiten die inconsequentesten und unzuverlässigsten Politiker. Was gelten ihnen Grundsätze?!

„Schutz der nationalen Arbeit.“

Der preussische Eisenbahnminister Thiele, der den offenkundigen Großgrundbesitzern schon durch die Einführung eines Getreideausnahmetarifs nach Oesterreich eine Freundlichkeit erwiesen und die Abschlebung deutscher Brotsrücke nach dem Auslande wesentlich gefördert hat, ist jetzt darauf bedacht, der „notleidenden Landwirtschaft“ noch einen weiteren Gefallen zu thun und billige Arbeitskräfte zu sichern, indem er innerhalb seiner Verwaltung die Heranziehung ausländischer Arbeiter empfiehlt.

In letzter Zeit sind mehrere diesbezügliche Verfügungen des Ministers bekannt geworden. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, folgende weitere Verfügung zu veröffentlichen:

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

IV B. 4786

Unter Hinweis auf die Erlasse vom 15. April - IV B. 4187 - veranlasse ich die königliche Eisenbahndirector, mir binnen vier Wochen eine Nachweisung über die Zahl der gegenwärtig in Betriebsdienste und bei Eisenbahn-Neubauten (Bau neuer Bahnstrecken, Bahnhofsbauten u.) beschäftigten ausländischen Arbeiter (soweit möglich, nach ihrer Staatsangehörigkeit getrennt) einzusenden. Die Nachweisungen sind für die Betriebsverwaltung und die Neubauverwaltung getrennt aufzustellen und für die Betriebsverwaltung nach Werkstätten, Stations- und Streckenarbeiten zu scheiden. Bezüglich der Neubauverwaltung ist zugleich die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter anzugeben.

Zugleich sehe ich einer Anweisung darüber entgegen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange es thunlich ist, in der Betriebsverwaltung, und soweit beim Neubau Regearbeiten ausgeführt werden, auch in diesem ausländische Arbeiter vorübergehend, z. B. als Saisonarbeiter zu verwenden.

Zur Milderung des in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangels würde es beitragen, wenn zu den Eisenbahnneubauten, bei denen die Arbeitsverhältnisse naturgemäß nur eine vorübergehende ist, wenigstens in gewissen Landestheilen in größerem Umfange als bisher ausländische Arbeiter herangezogen werden könnten. Die königlichen Eisenbahndirectionen wollen sich darüber aussprechen, ob sich in dieser Beziehung auf der Unternehmensebene durch Aenderung der Verträge und in sonst geeigneter Weise mit Erfolg einwirken läßt und ob eine derartige Maßnahme ohne wesentliche Schädigung fiscalischer und sonstiger berechtigter Interessen ausführbar erscheint.

Der „Vorwärts“ wirft die Frage auf: Ist dieser Erlass vaterlands- und staatsfreundlich?

Zwei Ansichten stehen sich gegenüber. Die Ansicht der Kraut- und Schlotjunker geht dahin: Profit und Rente der wenigen Reichen sei Zweck des Staates. Diese „Patrioten“ führen die Worte „national“, „patriotisch“ stets im Munde und treten begeistert dafür ein, daß an Stelle der deutschen

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. G. Hofe.

(In Buchform erschienen bei J. Neumann, Neudamm.)

51) Nachdruck verboten.

Er hatte einen Artikel zu ein Franc fünfundsiebzig, von Zanella, „unverwundlich“, wie es auf seinen Etiketten hieß, doch er wollte den Concurrenten auch in den Stößen schlagen, mit seinem echten Bambusrohr, mit dem Kirschholz, dem Olivenholz, und all den verschiedenen Holzarten, die dazu verwendet werden. Das „Glück der Damen“ hatte weniger kunstvoll gearbeitete Griffe, aber es sorgte für gute Stoffe und pries seine Alpaccas und Mohairs. Der Sieg war schließlich auf seiner Seite, und der verzweifelte Alte erklärte, es sei um die Kunst gegangen, er schätzte jetzt seine Schirmgriffe nur noch zum Vergnügen, ohne Hoffnung, sie zu verkaufen.

Der Juli war sehr heiß. Denise litt sehr unter der Hitze in ihrer engen Kammer. Wenn sie aus dem Magazin kam, holte sie Pépé bei Bourras ab, und anstatt sogleich hinauszugehen, ging sie noch mit ihm im Tuileriegarten spazieren. So wanderte sie auch eines Abends mit ihm unter den Kastanienbäumen dahin, als sie plötzlich erschrocken stehen blieb: sie hatte Mouret erblickt, der aus dem linken Seitenuser biniert hatte und sich nur zu Fuß zu Madame Desjorges begab. Durch die rasche Bewegung, die das junge Mädchen machte, um ihm auszuweichen, wurde Mouret auf sie aufmerksam. Es dunkelte bereits, doch er erkannte sie sofort.

— Sie sind es, Fräulein? frag er, und da sie, besürzt darüber, daß er sie einer Ansprache würdigte, nicht antwortete, fuhr er fort: Sie sind immer noch in Paris?

— Ja, Herr Mouret, sagte sie endlich.

Sie grüßte und wollte sich langsam zurückziehen, doch er

— Das ist Ihr Bruder, nicht wahr?

— Ja, Herr Mouret.

Sie erstarrte, da sie sich der abschaulichen Verleumdungen Klaras und Marguerites erinnerte. Mouret ertiech zweifellos ihre Gedanken, denn er fuhr fort:

— Ich muß mich noch bei Ihnen entschuldigen, Fräulein. Ich hätte mich glücklich gefühlt, wenn ich Ihnen schon früher sagen konnte, wie sehr ich die den vorgefallenen Irrthum bedauere. Man hat Sie leichtsinnig beschuldigt.

Höflich und achtsam sprach er in diesem Tone weiter.

— Ich kann Ihnen volle Genugthuung bieten, Fräulein, sagte er, wenn Sie wieder bei uns einzutreten wünschen.

Sie fiel ihm ins Wort und lehnte in feierhafter Hast ab.

— Ich kann nicht, Herr Mouret. Ich danke Ihnen, aber ich habe eine andere Stelle.

Er wußte es, er hatte vor Kurzem erfahren, daß sie bei Robineau war. Er ließ diesem volle Gerechtigkeit zu Theil werden, nannte ihn einen intelligenten Mann, erklärte aber, daß Gaujean ihn einer Katastrophe entzogen habe. Denise machte kein Geheim daraus, daß sie in dem Kampfe der großen Waarenhäuser gegen den Kleinhandel auf Seite der ersteren stehe, und ihre Ausrufungen ließen erkennen, daß sie die große Frage richtig erfaßt hatte. Mouret hörte ihr entzückt zu. Ihrer schlichten Erscheinung entsprang ein Zauber, der immer mehr die Herrschaft über ihn erlangte. Wahrscheinlich, aus dieser kleinen war eine reizende Pariserin geworden, ein amüßiges Weib mit entzückendem blondem Haar, ein Weib, das sich mit Besonnenheit ausdrücken verstand.

Warum, fragte er lachend, bleiben Sie denn bei unseren Gegnern, wenn Sie auf unserer Seite stehen? Man hat mit auch gesagt, daß Sie bei Bourras wohnen.

— Ich bin in der That bei Bourras, sagte sie.

— Sie sind bei Bourras? fragte er.

— Ja, bei Bourras, sagte sie.

— Sie sind bei Bourras? fragte er.

— Sagen Sie lieber: ein alter Narr, der nicht zwingt, ihn zu ruiniren, während ich ihn mit einem Vermögen abfinden möchte. . . Wollen Sie, fuhr er fort, nachdem sie einige Schritte gegangen waren, wollen Sie mein Botshafter sein? Ich werde Bourras morgen ein neues Angebot von 80,000 Francs stellen. Sprechen Sie mit ihm und sagen Sie ihm, daß er einen Selbstmord begehe. Sie erweisen ihm wahrhaftig einen Dienst.

— Es sei! erwiderte Denise lächelnd. Ich werde Ihren Auftrag ausrichten, aber ich bezweifle, daß ich damit Glück haben werde.

Sie hatten ihren Weg nicht nebeneinander fortgesetzt bis sie bei der Rue de Rivoli in eine Allee einbogen in der es noch hell war. Als sie aus dem Schatten der Bäume traten, war es ihnen, als erwachten sie plötzlich aus einem Traum. Mouret stülpte, daß er sie nicht länger zurückhalten dürfe.

— Guten Abend, Fräulein!

— Guten Abend, Herr Mouret!

Doch er ging noch nicht.

— Der kleine Bürsche wird müde sein, sagte er, nur um etwas zu sagen. Vergessen Sie nicht, daß unser Haus Ihnen offen steht. Sie brauchen nur anzuklopfen. Ich werde Ihnen jede gewünschte Genugthuung geben. . . Guten Abend, Fräulein!

— Guten Abend, Herr Mouret!

Lange irrte Denise unter den Bäumen umher, mit geröteten Wangen und schwellendem Kopfe. Als sie nach einer Stunde in die Rue de la Michodière zurückkam, sah sie aber so ruhig wie stets aus.

— Alle Bette! Ichric Bourras ihr entgegen. Der Schlag ist gefallen. Diese Ganaille, dieser Mouret, hat mein Haus gekauft. Wissen Sie, wie viel er bezahlt hat? 150,000 Francs! Den vierfachen Werth! Der Dickschädel

hat mich so glücklich gemacht, wie Sie mich nicht glücklich machen können.

Der Termin der Stichwahlen.

Das bairische Ministerium des Innern hat, in Abänderung früherer Anordnung, nunmehr bestimmt, daß, sofern nicht besondere Gründe eine Verschiebung notwendig erscheinen lassen, etwaige Reichstags-Stichwahlen auf Freitag, den 24. Juni, auszubearbeiten und die Termine für etwaige Nachwahlen spätestens auf den nächsten Tag nach dem Tage, an welchem die Wahlberechtigte die Stichwahlen am 25. d. Mts. stattfinden.

Demnach wäre die Zeit für die Agitation bei den Stichwahlen auf wenige Tage beschränkt. Diese Regel soll den an Eisen und Eisen armen Parteyen, auf die sich die Agitationen richten, zu Gute kommen.

Ueber die Wahlforderungen der Socialdemokratie werden sich die Gegner weit mehr den Kopf als wir selber. So läßt sich der „Pann. Cour.“ diesbezüglich schreiben: Die Leiter der socialdemokratischen Partei sind der Ansicht, daß sie von den Stichwahlen wenig zu erwarten haben, und deshalb soll die ganze Kraft auf die Agitation für die Hauptwahlen bereits verwendet werden; die betreffenden Wahlmacher glauben, daß es ihnen möglich sein wird, fast alle Mann am Tage der Hauptwahl zur Wahlurne zu bringen. Die Flugblattvertheilung der „Genossen“ während der Pfingstfeiertage war ganz enorm; in den entlegensten Dörfern erschienen socialdemokratische Radfahrer und vertheilten massenhaft socialdemokratische Pamphlete. Außerordentlich zuverlässig sind jetzt hinsichtlich des Ausgangs des Wahlkampfes die Führer der Partei, meistens soll es ihnen, wie sie behaupten, gelingen sein, die Frauen für ihre Sache zu erwärmen, andererseits soll ihnen die Käuflichkeit der bürgerlichen Parteien bis jetzt sehr zu Statten gekommen sein. Die Partei schätzt auf 50 Sitze im ersten Wahlgange und auf 10 in den Stichwahlen; sie glaubt, ganz sicher zu erobern Stuttgart, Remm, Wittenberg, Mainz, Erfurt, Kassel, Kassel, Dresden-Altfeld, Dresden-Neustadt, vielleicht auch Leipzig, Schwerin, Harburg, Rostock, Magdeburg.

Wiederum, daß die Gegner aber die Leistung unserer Leiter“ neigen. Hoffnungen so genau orientiert zu sein sich stellen. Das Waage ist nicht weiter als Combination irgend eines Zeitenschilders, der die bürgerlichen Parteien glaubt aufzureißen zu können, indem er ihnen mit den socialdemokratischen Kaschisten Angst macht. Daß es auch dabei nicht ohne Schimperei über das Verhalten des weichen Programms seitens der Socialdemokratie abgeht, ist selbstverständlich.

Einige Klage- und Mahnrufe sind die „Adm. Zeitung“ aus. Derselbe betrifft die große Wahlunlust und den ausgesprochenen Mangel an Wahlbereitschaft bei den bürgerlichen Parteien: Daß diese Stimmung an, so entsteht die Gefahr, daß vorwiegend die gemäßigten Parteien rechts und links die Lege zu bezahlen haben werden. Wenigstens ist es eine alte Erfahrung, daß die Theilnahme der radikalen Parteien um so ärmlicher blüht, je geringer die Theilnahme an den Wahlen im Allgemeinen ist. Unseres Erachtens reicht die Zeit noch vollständig aus, daß sich die gemäßigten Parteien zu endlicher größerer Mäßigkeit anhalten. Gerade in diesen Kreisen herrscht eine ungesetzliche und sehr unbegründete Scheu vor der Annahme von Wahlkandidaturen, die nicht von dem Namen der Sicherheit des Einkommens verbürgen. Es gereicht doch Niemandem zur Unehre, im Wahlkampf zu unterliegen. Eine Ehre ist es aber wahrhaftig auch nicht, von der besseren politischen Erkenntnis der Wählermassen als „Ordnungscandidat“ niedergeworfen und als politischer Charakterlaten verachtet zu werden.

Wie die Bureaukratie den Wahltag respectirt! Militarismus und Junkthum sind sehr rücksichtsvoll siehe die Resolutions-Einberufungen, siehe dies: Auch für den Wahltag ist am Berliner Landgericht II, dessen Amtsbezirk die Vororte umfaßt, Termin des Geschworenengerichts angelehrt. Die Geschworenen, die herangezogen werden, stammen aus den kleinen Ortspfarrern und Dörfern der Umgebung Berlins, dem Ostbarnim, dem Westbarnim und Niederbarnim Kreis; viele von ihnen sind gar nicht in der Lage, falls die Sitzung bis in den Spätnachmittag dauert, noch an demselben Tage ihren Wohnort zu erreichen, geschweige denn ihr Wahlrecht auszuüben. Ebenso sind bei mehreren Streckkammern des Landgerichts II am 16. Juni Verhandlungen in Aussicht genommen mit Angeklagten und Zeugen vom platten Lande. Früher sind am Wahltag die Sitzungen stets ausgefallen. Militärische Uebungen am Wahltag. Die Reservisten, die in der letzten Zeit aus der Mannheimer, Karlsruher und Rastatter Garnison wieder zu Wätlern heimkehrten, brachten nach der „Mannheimer Volksstimme“ einstimmig die Kunde mit heim, daß beabsichtigt sei, in der Zeit zwischen dem 10. und 20. Juni eine Probe-Mobilisirung des bezugnehmenden 14. (bairischen) Armeekorps vorzunehmen. Das Gerücht, das sich mit Hartnäckigkeit erhält, ruft unter den Reservisten und Landwehrluten große Aufregung hervor, weil eine solche „Probemobilisirung“ zu der angegebenen Zeit mindestens 30,000 Wähler mit einem Schläge ihres Wahlrechts berauben würde.

Kriegs-Gefspiele als Wahlmacher. In Coburg werden zwischen dem 9. und 14. Juni von Seiten der Kriegervereine Kriegs-Gefspiele arrangirt. Der Antrag eines Comitémitglieders, die Festspiele doch, um nicht den Schein einer Bearbeitung der Wähler zu erwecken, bis nach der Wahl zu verschieben, wurde abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß gerade jetzt mehr als sonst die Pflege des Patriotismus am Platze sei. Bezeichnend ist es für die freisinnigen Mannesgeister, daß ihre Landtags-Abgeordneten in dem Festspielkreis neben national-liberalen Bettlern diese Wahlmacher mit betreiben.

Wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste hatten 16 Leipziger Wähler Recurs an den Kreisauschuss erhoben. Der Kreisauschuss stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß es nach Reichrecht ein Rechtsmittel gegen die Streichung aus den Wählerlisten seitens des Rathes der Stadt Leipzig überhaupt nicht gebe. Wäre etwas anderes zulässig, so liege es unter Umständen in der Hand eines einzelnen Wählers, durch Erhebung des Recurses den Abschluß der Wählerliste zu verhindern und dadurch den Wahltermin hinauszuschieben. Der Reichstag sei die einzige Instanz für die Einsprüche gegen die Wählerliste.

Dieser Entscheid ist wohl richtig, aber der Rath der Stadt Leipzig ärgert sich nicht um die Beschlüsse des Reichstages und verflümmert durch seine irrigen Auslegungen des Wahlgesetzes zahlreich Personen das ihnen zugehörnde Wahlrecht. Auf diese Weise kann sehr wohl das Wahlrecht völlig einstellt werden. Der Reichstag wird auf Abschiefe derartiger Mißstände denken müssen.

Der Diebstahl empfiehlt die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe“ als berechtigtes Mittel im Wahlkampf. Sie giebt den Wählern den Rath, in den gegnerischen Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen. Jedesmal sollte „rechts und links neben solcher schätzlichen, von der Landluft nicht geräumten Herren ein handfestes Bundesmitglied“ Platz nehmen. „Der Mannesmutz solcher fleischer, oft kummervoller Genossen würde dadurch in seiner Befähigung gewiß erheblich eingeschränkt werden.“ Die ausgesprochenen und auf den Tisch ausliegenden aufhängerischen Flugblätter sollten von unseren Bundesmitgliedern rechtzeitig eingesammelt werden. Die Wähler wollen also versuchen, mit Gewalt durch „handfeste“ Leute und durch Stehlen der Flugblätter der Agitation zu begegnen, weil es ihnen nicht möglich ist, durch bessere Gründe zu kämpfen.

Partial Hegelmaier. Vor einiger Zeit berichtete die „Frankf. Zig.“, daß der berühmte Lebenskämpfer von Heilbronn, der so viel dazu beigetragen hat, den Schwaben die Lebensfähigkeit ihrer Ortsvorsteher zu verleiden, erklärt habe, „die deutsche Partei (Nationalliberale in Heilbronn) werde von der Stuttgarter Nationalliberale die Weisung erhalten, für ihn (Hegelmaier) zu stimmen.“ Die Stuttgarter, wie die Heilbronner Herren waren über diese Mitteilung aus Land und Wand und erklärten sie für unwirksam. Nunmehr aber fordert die deutsche Partei ihre Mitglieder

thatsächlich zur Stimmabgabe für Hegelmaier auf. Der Beschluß, dem Stuttgarter Comitee zu folgen, kam nach heftigen Debatten mit knapper Mehrheit zu Stande. Die namhaftesten Mitglieder blieben der Versammlung fern und die wenigen, die den Versuch machten, zu warnen, ahnten wohl, daß für ihre Partei nicht einmal eine ehrenhafte Bestattung zu retten sei. Auch die Antikemiker haben sich zu einer That aufgerafft: ihr Candidat Wöberling hält Hegelmaier für einen noch würdigeren Vertreter der antikemikalischen Sache und mindestens gleichwerthig seiner Person. Er trat großmüthig — wie oben die Antikemiker sind — zu Gunsten Hegelmaiers zurück. Hegelmaier ist nun Candidat des Bauernbundes, der conservative Partei, des Centrums, der deutschen Partei und der Antikemiker. Eine größere Heilseligkeit kann man wirklich nicht verlangen.

Der bairische Eisenbahn-Minister hat dem Vorsitzenden des Senatscomitês der zweiten Kammer eine offizielle Mitteilung gemacht, daß die Generaldirection der Staats-Eisenbahnen mit der Weisung versehen ist, die Arbeiter-Wochenkarten am Wahltag und am Stichwahltag von 12 Uhr Mittags — statt von 5 Uhr Abends — als gültig zu behandeln. Auch seien die Verwaltungen der Reichsbahnen zu gleichem Vorgehen eingeladen. Damit hat das Eisenbahn-Ministerium einem von socialdemokratischer Seite ausgehenden und von Abgeordneten aller Parteien unterstützten Wunsch Rechnung getragen.

Was wo bleibt Herr v. Thielen? Heiteres aus der Wahlbewegung.

Dem nationalliberalen Candidaten Baffermann in Jena widmet die national-socialistische folgende Wahlpoem: Was macht Herr Baffermann? Morgens mit Herrn Dietrich habn Sitte er in dem Ranz-Ranz. Mittags unter Niquels Bild Treibt er Sammelpolitik. Abends aber bei Pokal Ist er tüchtig liberal. Nachts fragt er in seiner Ruh: „Baffermann, was denkst du?“

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des Polizeiwachmeisters Schönborn erscheint der bereits wiederholt wegen Bettelns, Landstreichens, Diebstahls und Sachbeschädigung verurtheilte Maschinenfabrikarbeiter August B. aus Grünberg vor den Schranken des Landgerichts in Glogau.

Die beleidigenden Aeußerungen hat sich der Angeklagte am 27. April gelegentlich seiner Verhaftung wegen groben Unfugs zu Schulden kommen lassen, wobei er aber sinnlos betraunt gewesen sein will. Das Urtheil gegen ihn lautet auf zwei Monate und eine Woche Gefängnis.

Polytechnisch vernommen wurde der Kreis-Vertrauensmann unserer Partei in Halle a. S., Genosse Schade, weil er sich in der freisinnigen Versammlung zu Cönnig in der Debatte einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Anzeigenerklatet hat der Bürgermeister Scheling in Cönnig.

Der Redacteur Starosson von der socialdemokratischen „Necklenburg. Volks-Zig.“, der wie gemeldet, am vorigen Sonntag in Untersuchungshaft genommen wurde, unter der Anschuldlung, den deutschen Kaiser und das Ministerium in Schwerin beleidigt zu haben, ist am Freitag Nachmittag gegen Hinterlegung einer Caution von dreitausend Mark aus der Haft entlassen und wieder in die Redaction eingetreten.

Dem Amtsgericht in Dortmund wurde der Bergmann Fritz Kleiweß vorgelieft, weil er sich bei der Verurtheilung der Opfer des Zollernschacht-Unglücks einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. (Ende der Rubrik Politische Nachrichten.)

Aus aller Welt.

Die schwarzen Pöden sind in Bruch bei Reddinghausen in mehreren Häusern des Ludwigs-Biertrucks ausgebrochen. Bisher sind fünf Fälle bemerkt worden. Aus Nahrungsmitteln erkrankte sich am Mittwoch in dem Dorfe Kreischa bei Dresden die Arbeiterwitwe Kresch mit ihren zwei Kindern. Durch eine Lawine wurden am Griffelberg (Canton Wallis) zwei Arbeiter der Gorngratbahn in die Tiefe gerissen. Einer wurde getödtet, der andere kam mit dem Leben davon.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 6. Juni 1898. Zur Reichstagswahl! Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Glich's Brauerei „Zu den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Ziegenassergasse 1, und ist täglich geöffnet von Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten. Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Geppner, Gelder nur an den Kassirer Gustav Zige, daselbst.

für Donnerstag, den 16. Juni, dem Wahltag, werden in den beiden Breslauer Wahlkreisen noch eine Anzahl Einkensfähiger und Stimzettler vertheilt gebraucht und fordert daher das socialdemokratische Wahlcomitê die Genossen dringend auf, sich zu diesem Zwecke im Wahlbureau, Neumarkt No. 8 („Drei Tauben“) schleunigst zu melden.

Parteigenossen! Drückt an den Wahlfond! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Diejenigen Wähler, welche in die Wählerlisten nicht eingetragen waren und daher ihre Annahme in dieselben beantragten, erhalten nunmehr auf ihre Reclamation die Antwort des Registrars. Das socialdemokratische Wahlcomitê ersucht alle diejenigen Wähler, deren Antrag auf nachträgliche Eintragung in die Wählerliste abgelehnt wurde, sich amgehend im Wahlbureau, Neumarkt 8, melden zu wollen. Das Wahlcomitê.

Öffentliche Wählerversammlung. Die gestern Mittags in Gallmann's Brauerei abgehaltene Wählerversammlung nahm einen für unsere Partei durchaus befriedigenden Verlauf. Die Theilnahme war eine sehr gute; das Local war dicht gefüllt. Die Referentin, Genossin Dr. Rosa Luxemburg, entledigte sich ihrer Aufgabe in höchst geschickter Weise. Von den trefflichen Ausführungen geben wir nachstehenden Auszug: Noch nie ist ein Reichstag mit einer so lobenswerthen Rede zu Hause geschick worden als derjenige, dessen Mandat am

15. Juni abläuft. Das arbeitende Volk hat keine Ursache, in das Lob einzustimmen, welches dem kaiserlichen Reichstage von höchster Stelle gepolst worden ist. Was haben die Männer, denen dieses Lob zu Theil geworden ist, für das bairische Volk Gethrathes gethan? Die erste That des kaiserlichen Reichstages war die Annahme des Capriotti'schen Militär-Budgets und die letzte That bedeutet für das deutsche Volk ebenfalls die Aufsteigerung eines neuen großen Opfers. Dabei haben die bürgerlichen Parteien nicht einen Vorschlag gemacht, die Mittel zur Durchführung ihrer Bestrebungen „von den Kreisen zu erheben, die ein so großes Interesse für den Land- und Wasser-militarismus bekunden. Das Volk soll zahlen, das Volk soll dienen. Das so rühmend hervorgehobene Bürgerliche Gethrathes sei durch die sociale Entwicklung längst überholt. Dasselbe lasse die ganze reactionäre Gesetzgebung der Einzelstaaten bestehen. Auch die Verhandlungen über die Abänderung der Militär-Strafprozessordnung haben keinen befriedigenden Abschluß gefunden. Bei der famosesten Umfugvorlage habe es sich gezeigt, wie groß der Haß ist, den die besitzende Klasse gegen das Proletariat hegt. Obgleich aber alle Parteien nach der Umfugvorlage geschrien haben wie der Fuchs nach frischem Wasser, so sei sie doch abgelehnt worden. Das kam aber nicht daher, weil jede der Parteien fürchten mußte, daß sie sich damit selbst die Schlinge um den Kopf legen würde. Gerade die Art der Ablehnung habe gezeigt, daß diese Gefahr für das Proletariat noch nicht vorüber ist. Abgelehnt hat der Reichstag auch das Arbeiterchutzgesetz. Unentgeltlich geblieben ist auch der Schatz der Bergarbeiter. Das neue Handwerkerrecht mit seiner Mittelständverschlechterung bedeute weiter keinen Fortschritt. Bezeichnend sei ferner auch der Stillstand der Sozialpolitik. Am Charakteristischsten sei aber das letzte Wort des Reichstages, welches er in der Sonntagdebatte gesprochen hat. Was Frankreich und Italien herbeigeführt haben, das hat der deutsche Reichstag nicht fertig gebracht. Nach alledem hat das arbeitende Volk keine Ursache, dem kaiserlichen Reichstag Dank zu spenden. Was sollen wir nun von dem künftigen Reichstage erwarten? Die Befürchtungen, welche nach dieser Richtung ausgesprochen werden, sind keineswegs kassandrische Reden der Socialdemokratie. Wie es um das Wahlrecht bestellt sei, das beweise ja die Erklärung des Abgeordneten Müller-Huisa. Die Nachricht sei zwar vom „Reichsanzeiger“ dementirt worden, aber man wisse ja aus früheren Vorkommnissen, was es mit derartigen Dementis an sich habe. Wie es mit dem Coaltionsrecht bestellt sei, das zeige der geheime Erlaß des Grafen Potodowski. Die sociale Gesetzgebung habe ohne das Coaltionsrecht keinen Werth, sondern komme erst durch das Letztere ein festes Maß an. In Gefahr sei ferner auch die Freijugigkeit. Die Agrarier und besonders die schlammte Sorte derselben, die schließlichen und hieron wiederum die oberste Schicht, haben wiederholt erklärt, daß auch auf diesem Gebiete Änderungen eintreten müssen. Außer diesen Veränderungen der wichtigsten Rechte drohen dem Volke aber auch noch neue Belastungen. Vor allen Dingen härtesten bald größere Geldforderungen für China erscheinen. Diese abermalige Belastung des Volkes im Bunde mit der Gefahr, welche die gelben Rüsse für den deutschen Arbeiter bedeuten, bilden die Rückseite der Medaille der Weltmachtspolitik. Die Colonialpolitik habe einen großen Nutzen wie die Kirche. Das Volk behalte aber dabei einen leeren Magen. Die Agrarier haben ein Interesse daran, daß das Brot so theuer bleibe, denn dabei machen sie so glänzende Geschäfte. Der Kurs der bürgerlichen Parteien feiere der schwärzesten Reaction zu und daher behielt vor allen Dingen die Würstchen, das Volk zu fesseln. Hungerlöhne wollen man dem Volke geben. Das Volk selbst soll aber für das Brot Hungerpreise zahlen. Die waterlandloosen Gesellschaften haben die Pflicht, Deutschland vor der Schmach zu bewahren, welche die Wahl eines solchen Reichstages bedeuten würde. Nur das arbeitende Volk ist der einzige Hort der Freiheit, ihm fällt die große historische Aufgabe zu, den Zusammenbruch der capitalistischen Produktionsweise in die Wege zu leiten. Schon heute gelte die Forderung, die Geldkapitalinteressen, — die Volksinteressen, die Capitalismus — die Arbeiter. Das arbeitende Volk hat die Wahl entweder im Stand unterzugehen — oder ein Ende damit zu machen. Wann das geschehen wird, das hängt von jeder einzelnen Schlacht ab, die wir schlagen. Eine solche Schlacht ist auch die bevorstehende Reichstagswahl. Unser Schicksal ist in unsere Hand gegeben. Wir stehen wieder an einer Jahrhundertwende und die bevorstehenden Reichstagswahlen sind die letzten in diesem Jahrhundert. Sorgen wir dafür, daß der Ausfall derselben für uns das Morgenroth einer besseren Zukunft bedeutet. (Lebhafter Beifall.)

15. Juni abläuft. Das arbeitende Volk hat keine Ursache, in das Lob einzustimmen, welches dem kaiserlichen Reichstage von höchster Stelle gepolst worden ist. Was haben die Männer, denen dieses Lob zu Theil geworden ist, für das bairische Volk Gethrathes gethan? Die erste That des kaiserlichen Reichstages war die Annahme des Capriotti'schen Militär-Budgets und die letzte That bedeutet für das deutsche Volk ebenfalls die Aufsteigerung eines neuen großen Opfers. Dabei haben die bürgerlichen Parteien nicht einen Vorschlag gemacht, die Mittel zur Durchführung ihrer Bestrebungen „von den Kreisen zu erheben, die ein so großes Interesse für den Land- und Wasser-militarismus bekunden. Das Volk soll zahlen, das Volk soll dienen. Das so rühmend hervorgehobene Bürgerliche Gethrathes sei durch die sociale Entwicklung längst überholt. Dasselbe lasse die ganze reactionäre Gesetzgebung der Einzelstaaten bestehen. Auch die Verhandlungen über die Abänderung der Militär-Strafprozessordnung haben keinen befriedigenden Abschluß gefunden. Bei der famosesten Umfugvorlage habe es sich gezeigt, wie groß der Haß ist, den die besitzende Klasse gegen das Proletariat hegt. Obgleich aber alle Parteien nach der Umfugvorlage geschrien haben wie der Fuchs nach frischem Wasser, so sei sie doch abgelehnt worden. Das kam aber nicht daher, weil jede der Parteien fürchten mußte, daß sie sich damit selbst die Schlinge um den Kopf legen würde. Gerade die Art der Ablehnung habe gezeigt, daß diese Gefahr für das Proletariat noch nicht vorüber ist. Abgelehnt hat der Reichstag auch das Arbeiterchutzgesetz. Unentgeltlich geblieben ist auch der Schatz der Bergarbeiter. Das neue Handwerkerrecht mit seiner Mittelständverschlechterung bedeute weiter keinen Fortschritt. Bezeichnend sei ferner auch der Stillstand der Sozialpolitik. Am Charakteristischsten sei aber das letzte Wort des Reichstages, welches er in der Sonntagdebatte gesprochen hat. Was Frankreich und Italien herbeigeführt haben, das hat der deutsche Reichstag nicht fertig gebracht. Nach alledem hat das arbeitende Volk keine Ursache, dem kaiserlichen Reichstag Dank zu spenden. Was sollen wir nun von dem künftigen Reichstage erwarten? Die Befürchtungen, welche nach dieser Richtung ausgesprochen werden, sind keineswegs kassandrische Reden der Socialdemokratie. Wie es um das Wahlrecht bestellt sei, das beweise ja die Erklärung des Abgeordneten Müller-Huisa. Die Nachricht sei zwar vom „Reichsanzeiger“ dementirt worden, aber man wisse ja aus früheren Vorkommnissen, was es mit derartigen Dementis an sich habe. Wie es mit dem Coaltionsrecht bestellt sei, das zeige der geheime Erlaß des Grafen Potodowski. Die sociale Gesetzgebung habe ohne das Coaltionsrecht keinen Werth, sondern komme erst durch das Letztere ein festes Maß an. In Gefahr sei ferner auch die Freijugigkeit. Die Agrarier und besonders die schlammte Sorte derselben, die schließlichen und hieron wiederum die oberste Schicht, haben wiederholt erklärt, daß auch auf diesem Gebiete Änderungen eintreten müssen. Außer diesen Veränderungen der wichtigsten Rechte drohen dem Volke aber auch noch neue Belastungen. Vor allen Dingen härtesten bald größere Geldforderungen für China erscheinen. Diese abermalige Belastung des Volkes im Bunde mit der Gefahr, welche die gelben Rüsse für den deutschen Arbeiter bedeuten, bilden die Rückseite der Medaille der Weltmachtspolitik. Die Colonialpolitik habe einen großen Nutzen wie die Kirche. Das Volk behalte aber dabei einen leeren Magen. Die Agrarier haben ein Interesse daran, daß das Brot so theuer bleibe, denn dabei machen sie so glänzende Geschäfte. Der Kurs der bürgerlichen Parteien feiere der schwärzesten Reaction zu und daher behielt vor allen Dingen die Würstchen, das Volk zu fesseln. Hungerlöhne wollen man dem Volke geben. Das Volk selbst soll aber für das Brot Hungerpreise zahlen. Die waterlandloosen Gesellschaften haben die Pflicht, Deutschland vor der Schmach zu bewahren, welche die Wahl eines solchen Reichstages bedeuten würde. Nur das arbeitende Volk ist der einzige Hort der Freiheit, ihm fällt die große historische Aufgabe zu, den Zusammenbruch der capitalistischen Produktionsweise in die Wege zu leiten. Schon heute gelte die Forderung, die Geldkapitalinteressen, — die Volksinteressen, die Capitalismus — die Arbeiter. Das arbeitende Volk hat die Wahl entweder im Stand unterzugehen — oder ein Ende damit zu machen. Wann das geschehen wird, das hängt von jeder einzelnen Schlacht ab, die wir schlagen. Eine solche Schlacht ist auch die bevorstehende Reichstagswahl. Unser Schicksal ist in unsere Hand gegeben. Wir stehen wieder an einer Jahrhundertwende und die bevorstehenden Reichstagswahlen sind die letzten in diesem Jahrhundert. Sorgen wir dafür, daß der Ausfall derselben für uns das Morgenroth einer besseren Zukunft bedeutet. (Lebhafter Beifall.)

Eine Flugblattvertheilung fand gestern sowohl im Wahlkreise Breslau (Land)-Neumarkt wie in den Wahlkreisen Militisch-Trebnitz und Gr.-Wartenberg-Dels von Breslau aus statt. In erstem Kreise wurden 40,000, in beiden letzteren zusammen 10,000 Exemplare verbreitet. Die Vertheilung ist nach allen Berichten vortrefflich von Statten gegangen. Es waren erheblich mehr Vertheiler erschienen, als nothwendig waren! Wir sind heute in der angenehmen Lage, den Breslauer Genossen vollste Anerkennung für ihren Eifer aussprechen zu können. Wir sind sicher, daß auch dem nächsten Rufe alle Freunde unserer Sache willig folgen werden, auch diejenigen, für die zu ihrem Bedauern gestern keine Arbeit mehr vorhanden war.

Ueber einen Vorfall im Landkreise Breslau gelegentlich der gebrungen Flugblattverbreitung wird uns geschrieben: Einen sonderbaren Begriff von Recht und Gesetz hat in Weidenhof ein Freistellenbesitzer und Viehhändler, der den daselbst Flugblätter vertheilenden Genossen unter Verweigerung seiner Namensangabe die Flugblätter entriß, die Genossen grüßlich beleidigte und sie unter ernstlicher Androhung vor körperlicher Mißhandlung zu veranlassen suchte, den Ort zu verlassen. Zu bemerken ist noch, daß genannter „nobler“ Herr zeitweise stellvertretender Gemeindevorsteher ist. Offentlich bringt die Behörde, welcher über diesen Vorfall Anzeige erstattet werden wird, ihm bei, daß auch für socialdemokratische Flugblattvertheiler ein gesetzlicher Schutz existirt und daß diese nicht „in den Raum“ paßt, ohne Weiteres auf offener Landstraße ihres Eigenthums gewaltsam beraubt, bedroht und grüßlich beleidigt werden dürfen.

„Arbeiterfreundliche“ Conservative. Aus dem Kreise Neumarkt wird uns mitgeteilt, daß die Dominalarbeiter in der Gegend von Rimtau zu einer conservative Wählerversammlung, die gestern in Rimtau stattfand, um einen Vortrag des Grafen Simburg-Strum zu hören, freie Fahrt und 20 Pfennig Beirgeld pro Mann erhalten haben. Da sage noch ein Mensch, daß die Conservative für die Arbeiter nichts thun!

Werts's Einz. Arbeiterfamilien! Die Höhe und die Ausgaben betragen auf das Doppelstund bei Brot beispielsweise 4, bei Fleisch 15, bei Salz 12, bei Schmalz 10, Speck 20, Zucker 40, bei dem Biter Petroleum 6 Pf.

Bis 1877 betrug die Höhe und Verbrauchskosten 6,89 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung, 1,96 Mt. 16,26 Mt. In den zwei Jahrzehnten von 1878 bis 1898

